

Hoffnung – Anschluss – Sieg.

Der Weg der Marktradikalen.



Am 4. November 1989 sind mehr als 500000 Menschen aus der ganzen Republik angereist. Ihr Ziel ist der Berliner Alexanderplatz. Ihre Forderungen: politische Transparenz, ein neues Wahlsystem, Beendigung der führenden Rolle der SED und Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit. Die Forderungen verbinden sich mit der Hoffnung auf eine von Grund auf erneuerte, eine demokratische sozialistische DDR. Unter den hunderten, vielleicht tausenden Plakaten ist kein einziges, das eine Wiedervereinigung mit Westdeutschland oder einen Anschluss an die BRD fordert. Doch in den nächsten Tagen überschlagen sich die Ereignisse ...

Hierbleiben – die DDR gründlich verbessern

Schriftsteller Christoph Heyn: Ich möchte, daß aus der DDR ein sozialistisches Land wird. Wohl jeder verstand schon, was er meinte, aber er präzierte es noch: Stell dir vor, die DDR wäre sozialistisch, und keiner geht weg!

Aus „Berliner Zeitung“
26.10.1989

Erzwungen, erstritten, ertrotzt

Und wie soll eine künftige DDR aussehen? „Grundsätzlich, wir wollen kein kapitalistisches Gesellschaftssystem, obwohl viele uns das unterstellen wollen. Man sollte übrigens wissen, daß jetzt auch falsche Boote mit unseren Winden segeln. Auch Wiedervereinigung ist kein Thema für uns. Wir sehen es nicht als unsere alleinige Aufgabe an, ein komplettes Reformkonzept vorzulegen. Wir können und wollen es allerdings in einem übergreifenden Diskussionsprozeß mit vielen Kräften unserer Gesellschaft entwickeln – auch mit Mitgliedern der SED, von denen übrigens viele bei uns mitarbeiten.“

Bärbel Bohley, aus „Für Dich“
Nr. 47, 1989

Am 26. November 1989 wird der Aufruf „Für unser Land“ veröffentlicht. Die drohende Entwicklung vor Augen, wurde das Papier von Akteuren der Demokratiebewegung erarbeitet. Der Schriftsteller Stefan Heym trägt den Aufruf auf einer Pressekonferenz in Berlin vor: *Entweder eine eigenständige DDR als solidarische Gesellschaft oder ihre Vereinnahmung durch die Bundesrepublik Deutschland.* Der Aufruf richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger gleicher Hoffnung und Sorge und er wird innerhalb weniger Wochen 1,17 Mio. Mal unterschrieben. Aber es ist zu spät.

FÜR UNSER LAND

Unser Land steckt in einer tiefen Krise. Wie wir bisher gelebt haben, können und wollen wir nicht mehr leben. Die Führung einer Partei hatte sich die Herrschaft über das Volk und seine Vertretungen angeeignet, vom Stalinismus geprägte Strukturen hatten alle Lebensbereiche durchdrungen. Gewaltfrei, durch Massendemonstrationen hat das Volk den Prozeß der revolutionären Erneuerung erzwungen, der sich in atemberaubender Geschwindigkeit vollzieht. Uns bleibt nur wenig Zeit, auf die verschiedenen Möglichkeiten Einfluß zu nehmen, die sich als Auswege aus der Krise anbieten.

Entweder

können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen und versuchen, mit allen unseren Kräften und in Zusammenarbeit mit denjenigen Staaten und Interessengruppen, die dazu bereit sind, in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind.

Oder

wir müssen dulden, daß, veranlaßt durch starke ökonomische Zwänge und durch unzumutbare Bedingungen, an die einflußreiche Kreise aus Wirtschaft und Politik in der Bundesrepublik ihre Hilfe für die DDR knüpfen, ein Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte beginnt und über kurz oder lang die Deutsche Demokratische Republik durch die Bundesrepublik Deutschland vereinnahmt wird.

Laßt uns den ersten Weg gehen. Noch haben wir die Chance, in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln. Noch können wir uns besinnen auf die antifaschistischen und humanistischen Ideale, von denen wir einst ausgegangen sind.

Alle Bürgerinnen und Bürger, die unsere Hoffnung und unsere Sorge teilen, rufen wir auf, sich diesem Appell durch ihre Unterschrift anzuschließen.

Berlin, den 26. November 1989.

Götz Berger, Rechtsanwalt; Wolfgang Berghofer, Kommunalpolitiker; Frank Beyer, Regisseur; Volker Braun, Schriftsteller; Reinhard Brühl, Militärschriftsteller; Tamara Danz, Rocksängerin; Christoph Demke, Bischof; Siegrid Englund, Pädagogin; Bernd Gehrke, Ökonom; Sighard Gille, Maler; Stefan Heym, Schriftsteller; Uwe Jahn, Konstruktionsleiter; Gerda Jun, Ärztin/Psychotherapeutin; Dieter Klein, Politökonom; Günter Krusche, Generalsuperintendent; Brigitte Lebertrau, Biologin; Bernd P. Löwe, Friedensforscher; Thomas Montag, Mediziner; Andreas Pella, Bauingenieur; Sebastian Pflug,

bell, Physiker; Ulrike Poppe, Hausfrau; Martin Schmidt, Ökonom; Friedrich Schorlemmer, Pfarrer; Andree Türpe, Philosoph; Jutta Wachowiak, Schauspielerin; Heinz Warzecha, Generaldirektor; Konrad Weiss, Filmemacher; Angela Wintgen, Zahnärztin; Christa Wolf, Schriftstellerin; Ingeborg Graße, Krankenschwester

Walter Janka, der – wie bekanntgegeben wurde – aus organisatorischen Gründen an der Pressekonferenz nicht teilnehmen konnte – stimmt dem Aufruf zu, hat diesen noch nicht unterzeichnet.

Aus „Neues Deutschland“
29.11.1989

Gegen Ruin, für Sicherheit!

ND 10/22.2.90
Für den heutigen Donnerstag sind Berlinerinnen und Berliner zu einer Demonstration auferufen – sie führt vom Alexanderplatz (Treffpunkt 17 Uhr zwischen Weltzeituhr und Zillgarten) über die Rathaus- und Spandauer Straße zum Lustgarten.

Worum geht es?

Gegen Massenruin und Massenarbeitslosigkeit! Für den Schutz unserer Wirtschaft vor dem Würgereiß einer übermächtigen Konkurrenz! Für den geordneten Umbau unserer Wirtschaft in Richtung Ökologie und Wettbewerbsfähigkeit! Für Zusammenarbeit statt Kapitulation! Für soziale Sicherheit! Für unser Recht auf Arbeit! Für den sozialen Schutz der Frauen, Kinder und Jugendlichen, der Rentner, Kranken und Behinderten! Für starke Interessenvertretungen der Werktätigen in Stadt und Land!

Veranstalter sind die Vereinigte Linke, linke Jugendverbände, DIE NELKEN, der Unabhängige Frauenverband, die Grüne Partei, Rainer Schult, Neues Forum (Fraktion Aufbruch 89) und Vertreter von Gewerkschaften.

Aus „Neues Deutschland“
22.09.1990

Treuhand-Hauskanzleien

Lambsdorff geht mit de Maizière

Hamburg (ADN). Wie das Nachrichten-Magazin „Der Spiegel“ in seiner neuesten Ausgabe berichtet, taucht der Name des DDR-Premiers Lothar de Maizière wieder auf dem Kanzleischild jener Ostberliner Sozietät auf, in der er früher gearbeitet hatte. Doch de Maizière und seine fünf Partner sind in Zukunft nicht mehr allein: Die Kanzlei hat sich mit der angesehenen Düsseldorf-Sozietät Wessing/Berenberg-Gossler/Zimmermann zusammengetan, deren prominentestes Mitglied Otto Graf Lambsdorff (FDP) ist. Inzwischen habe die Mammutkanzlei bereits einen gewichtigen Kunden gewonnen: Die Düsseldorf- und die Ostberliner Sozietät wurden vor wenigen Wochen zu den Hauskanzleien der DDR-Treuhandanstalt bestellt.

Aus „Neues Deutschland“
17.09.1990

Noch haben wir die Chance einer sozialistischen Alternative zur BRD

Aufruf an alle Bürger unseres Landes: Bewahrt die Eigenständigkeit der DDR. Namhafte Persönlichkeiten fordern zu republikweiter Unterschriftensammlung auf

Von unserer Berichterstatterin Dr. Imtraud Gutschke

Berlin. Mit einem Appell zur Bewahrung der Eigenständigkeit der DDR wenden sich namhafte Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Kunst und Kultur, Wirtschaft, aus kirchlichen Kreisen und verschiedenen demokratischen Gruppierungen an die Bevölkerung unseres Landes. Am Dienstagmittag wurde dieser Aufruf „Für unser Land“ im Internationalen Pressezentrum in- und ausländischen Journalisten vorgestellt.

Initiatoren und Mitunterzeichner antworteten auf Fragen und begründeten die Notwendigkeit einer republikweiten Unterschriftensammlung für die Chance, in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln. Nachdrücklich sprachen sie sich für die Bewahrung antifaschistischer und humanistischer Ideale aus.

Solches Bekenntnis sei in diesen Tagen besonders wichtig, da Herr Kohl mit der „Ouvvertüre zur Vereinnahmung“ begonnen habe, sagte Stefan Heym, der auch den Aufruf verlas. Wenn wir jetzt versuchen, wirklich Sozialismus aufzubauen, eine neue, bessere Gesellschaft zu gestalten, so betonte der Schriftsteller, zeige dies die Stärke des großen

Traums, für den so viele Menschen angetreten sind. Entscheiden wandte er sich gegen das „Szenarium“ eines Volker Rühle, ein kapitalistisches Großdeutschland zu installieren.

Andree Türpe vom Zentrum für Friedensforschung der Humboldt-Universität rief auf zur Vertrauensabstimmung, damit der Versuch einer linken Alternative für Europa nicht untergeht. Dieter Klein, Prorektor für Gesellschaftswissenschaften an der Berliner Universität, unterstrich die Herausforderung an beide Systeme, die aus solch einem Votum erwachsen würde. Angesichts der globalen Probleme müsse man zu einer neuen Entwicklungslogik der Menschheit gelangen, zu einem „solidarischen Wachstum“, das jegliche Konfrontation ausschließt. Es komme darauf an, daß beide deutsche Staaten sich reformieren – so der Filmemacher Konrad Weiss.

Erfahrungen aus Gesprächen mit Arbeitern brachte Heinz Warzecha, Generaldirektor im Kombinat 7 Oktober, in die Diskussion ein. Sie seien verbitert über die Fälle von Korruption, wollten nie wieder politischen Absolutismus. Nur Demokratie könne Staatsregiment zum Volkseigentum machen. Billige Ausverkaufspolitik würde unse-

rem Volk keine Perspektive bieten. Doch gäbe es viele Möglichkeiten zur Kooperation mit kapitalistischen Betrieben zum gegenseitigen Vorteil. Gegen eine egoistische Gesellschaft, für ein behutsames Verhalten zur Natur sprach sich der Ökonom Bernd Gehrke aus.

Bewegende Worte fand Ingeborg Graße, Oberin an der Charité, die sich zu ihrer Verantwortung als Mitglied der SED bekannte. Viele Menschen in unserem Lande seien von den so schnell abrollenden Ereignissen irritiert, wüßten nicht, wie es weitergehen soll. Sie anzusprechen, damit sie über die Zukunft der DDR nachdenken, sei Sinn des Aufrufs. Viele Mitglieder der Partei haben ehrlich gekämpft für die Ideale des Sozialismus. Man dürfe die Chance eines Neubeginns nicht verspielen.

Der Aufruf wurde in seiner Endfassung von Christa Wolf bearbeitet. Unterschriftensammlungen sollen ihm folgen, in denen Name, Beruf und Wohnort der Unterzeichner vermerkt werden. Die Listen können an folgende Adressen geschickt werden: Tilo Steinbach, Moosdorfstraße 2, Berlin 1193, oder Andree Türpe, Weerthstraße 7, Berlin 1199.

Wortlaut des Aufrufs auf Seite 2

Aus „Neues Deutschland“
29.11.1989



Aus „Unsere Zeit“
21.12.1989

Ihre Zeit begann in der BRD am 09.09.1982. An diesem Tag überreichte Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff (FDP) seinem Kanzler Helmut Schmidt das erbetene „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“. Weitreichende Maßnahmen zum Rückbau des Sozialstaates sind darin gelistet. Dieses als „Lambsdorff-Papier“ in die Geschichte eingegangene Drehbuch für Sozialabbau wird, seit der Regierungsübernahme durch Helmut Kohl (CDU) 1982, von jeder folgenden Regierung als Entscheidungsfaden genutzt. Arbeiterinnen und Arbeitern, arbeitslosen Menschen und Bedürftigen wird klar gemacht, dass sie sich künftig selbst zu helfen haben, statt noch auf den Sozialstaat zu hoffen. Später sollte die Agenda 2010 der SPD-Grünen-Regierung Gerhard Schröders die Vorschläge des Lambsdorff-Papiers sogar noch übertreffen.

Musste die Umsetzung des Lambsdorff-Papiers zunächst eher zurückhaltend verlaufen, brechen mit dem Anschluss der DDR alle Hindernisse weg. Die soziale Marktwirtschaft der BRD weiß sich nun nicht mehr mit dem Sozialstaat DDR in Konkurrenz. Mehr noch, unter dem Schirm immer heftigerer Delegitimierung des Anschlusslandes und Diskreditierung seiner Sozialsysteme vollendet der Neoliberalismus seine öffentliche Meinungsführerschaft in der BRD. Vorerst!

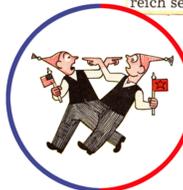
OECD „bewundert“ schnellen DDR-Ausverkauf

Treuhand angefeuert

Bonn (Reuter/dpa). Die Experten der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bewunderten geradezu das „atemberaubende Tempo“ der seit einem Jahr von der BRD getroffenen Maßnahmen in den neuen Bundesländern, meinte der Leiter der Bonner OECD-Vertretung, Menke, bei der Vorstellung des ersten Berichts für ganz Deutschland. Kritik wird dagegen an den Lohn- und Gehaltssteigerungen und Sozialleistungen im Osten, die zu schnell und zu zahlreich seien, geübt. Von der Einver-

leibung habe die westdeutsche Wirtschaft profitiert. Zuversicht, daß die deutsche Vereinigung wirtschaftlich gelingt, sei angebracht, auch wenn der Aufschwung 1991/92 noch nicht erwartet werde. Selbst die vorübergehende hohe Staatsverschuldung wird als „im internationalen Rahmen nicht besorgniserregend“ bezeichnet. Der Schlüssel zur Wiederbelebung der ostdeutschen Wirtschaft liege in einer rigorosen Privatisierung, wird die Treuhand regelrecht angefeuert, „selbst wenn dies niedrigere Verkaufspreise“ bringe.

Aus „Neues Deutschland“
26.01.1991



Der Sieg der Marktradikalen führte so nun auch die westdeutschen Bundesländer in Lebensverhältnisse, in der sozialstaatliche politische Regulierung kaum mehr vorhanden ist und die Spanne zwischen dem Reichtum Weniger und der Armut der Vielen bereits ein so unerträgliches Ausmaß angenommen hat, dass die Zeit reif ist für eine menschenwürdigere klimagerechte Wirtschaft und das braucht:

- neue Formen des Eigentums in der kommerziellen Wirtschaft, so dass Eigentum denen gehört die damit arbeiten,
- Vergesellschaftung der Finanzindustrie,
- die Verstaatlichung der existentiell bedeutsamen Bereiche Wohnen, Pflege, Gesundheit und Bildung, d. h. hier raus aus der profitt durchherrschten Gesellschaft,
- armutsichere Renten und vor allem
- friedliche Koexistenz der Staaten ... das braucht also den Umbau der Bundesrepublik Deutschland zu einem demokratischen und sozialen Bundesstaat, dem Frieden der Welt dienend.

Die weitere Entwicklung ist bekannt. Die Anschlussfrage schnappt zu und es kommt schlimmer als befürchtet. Keine (Wieder)vereinigung zweier deutscher Staaten in freier Selbstbestimmung des gesamten deutschen Volkes mit einer neuen, das Grundgesetz der BRD und die Verfassung der DDR ablösenden neuen Verfassung. Statt dessen ein Anschluss durch Unterstellung des Beitrittsgebietes unter den Rechtskreis des Grundgesetzes Westdeutschlands.

Ministerpräsident de Maizière macht den immer noch auf Rettung des Volkseigentums orientierenden Abgeordneten klar, dass die Privatisierung des Volkseigentums eine unverhandelbare Bonner Forderung an den Beitrittswünschenden ist. Für Ostdeutschland wird es nicht nur ein Ausverkauf. 61 ostdeutsche Unternehmen pro Woche privatisiert die Treuhand in den ersten sechs Monaten ihres Bestehens. Margaret Thatcher brachte ihren berüchtigten Ausverkauf von Staatsunternehmen gerade mal auf 54 ... in zehn Jahren.

Mit dem Anschluss gemäß Art. 23 GG, konkretisiert im sogenannten Einigungsvertrag vom 31.08.1990, wird eine „Sozialunion“ geschaffen, die alle sozialen Standards der DDR beendet. Sie waren denen der BRD sehr überlegen. Die qualitativ hohen Standards des erfolgreichen und international hoch anerkannten DDR-Bildungswesens werden zurückgenommen, das auf den Patienten fokussierte Gesundheitswesen endet abrupt ... All diese Errungenschaften passen nicht in die kapitalistische Gesellschaft der BRD, mithin ihr Gesetzssystem, und die westdeutsche Linke lässt sich in der Phase des deutschen Umbruchs paralisieren. Solidarität mit den Ostdeutschen wird zum Kampfbegriff der Konservativen.

Nachdem auf der Grundlage der eilig eingeführten DM der Sozialstaat DDR seiner ökonomischen Basis beraubt ist, das oktroyierte Grundgesetz weitgehend zu rechtlicher Gleichschaltung beigetragen hat und die letzten Übergangsregelungen Geschichte sind, kommt das soziale Elend auch über Westdeutschland. Die Gunst der kurzen Stunde von der Wende zum Anschluss der DDR war genutzt worden. Helmut Kohl, vordem durchaus Abwählkandidat schaffte es noch einmal, als Kanzler der „Einheit“. In der nun folgenden Regierungszeit der CDU/CSU- und FDP-Koalition und relativ unbemerkt von Medien und politischer Öffentlichkeit drängen die Liberalen nach vorn.

Rechtsangleichung BRD-DDR: Fehlanzeige

Ein Ende der Misere ist nicht abzusehen

Wie die Sieger in einem unterworfenen Land, so die Beschreibung der Bürger der ehemaligen DDR, benämnen sie die „Experten“ der BRD, wenn sie im Osten aufkaufen, übernehmen, abwickeln oder wie der „Übernahmevergänger“ gegenüber der anderen Seite sonst noch genannt wird. Die kleineren und weniger mächtigen Länder Europas sollten sich diesen Einigungsprozeß sehr genau ansehen – und daraus lernen.

Zwischen der BRD und der DDR hat sich niemand geeinigt: Hier ist das staatliche und rechtliche Modell des Stärkeren über eine in mehr als vierzig Jahren gewachsene staatliche Ordnung (in der die gesellschaftlich Stärkeren vergleichsweise schwächer waren, und die Schwächeren – wie wir heute wissen – sozial abgesichert werden konnten) übergestülpt worden. Was nicht paßte, wurde aus Verfassung, Eigentums-, Wirtschafts- und Rechtsordnung des „gecinten“ Deutschland ausgemerzt. Die Gründe dafür, daß dies so widerstandslos geschah, lagen vor allem darin, daß diejenigen, die für die DDR die Verhandlungen führten, Motive hatten, die Interessen ihrer Bevölkerung zu verraten:

1. Sie mußten nach erfolgter „Einigung“ im neuen Deutschland ihr persönliches Fortkommen sichern. Das machte sie erpressbar durch die Mächtigen der Gegenseite: Ihre Gegenüber würden ja diejenigen sein, die nach der „Einigung“ zu entscheiden hätten, wer was werden durfte. Kein Wunder, daß ausgerechnet jener Unterhändler der DDR, dessen Name eng mit der Beilegung jeglicher Schutzbestimmungen für die ehemaligen DDR-Bürger verbunden ist, heute als Verkehrsminister im Bonner Kabinett dient.
2. Die DDR-Unterhändler waren aufgewachsen und sozialisiert in dem System, das untergehen sollte. Sie wußten von den Gefahren, auf die sich die DDR-Bevölkerung einlassen mußte, nur aus Schulbüchern – also faktisch überhaupt nicht. Sie kannten weder Massenarbeitslosigkeit noch die Brutalität kapitalistischer Wertungsprinzipien noch die Lebens- und Reproduktionsbedingungen kapitalistischer Verfassungen.
3. Sie akzeptierten auch nicht die nationale Souveränität des Landes, für das sie handelten. Sie sollten die DDR „abwickeln“ und verstanden es als ihre Aufgabe, die Souveränität ihres Landes so schnell wie möglich aufzugeben.

Aus „Die Tageszeitung“
14.03.1991